

Ja zu Anton Laubers Finanzsteuerung

Die FDP wies mit ihrem Kompromissvorschlag den Weg aus der Steuerfalle

Von Thomas Gubler

Liestal. Zeitweise stand die Diskussion über die «Stärkung der finanziellen Steuerung» (Stäfis) gestern im Landrat vor einem Verhandlungsunterbruch. Derart verwirrend und in ihren Auswirkungen unabsehbar waren gewisse Anträge aus der Ratsmitte in der zweiten Lesung zum Finanzhaushaltsgesetz, dass der Rat an seine Grenzen stiess. Doch dann ging plötzlich alles sehr schnell. Dank einem Antrag von Christof Hiltmann (FDP) wurde der gordische Knoten zerschlagen: Statt des von der Regierung vorgeschlagenen hoch umstrittenen Zweidrittelsmehr im



Landrat für Änderungen des Steuerfusses – insbesondere natürlich für Steuererhöhungen – sollte das Drehen an der Steuerschraube dem fakultativen Referendum unterstehen. Heute untersteht die Veränderung des Steuerfusses nicht dem Referendum.

Hiltmanns Vorschlag wurde vom Ratsplenum mit 56 Ja gegen 28 Nein gutgeheissen. Damit war das erforderliche Zweidrittelsmehr vom Tisch. Auch künftig dürften – so es denn tatsächlich geschieht – Änderungen des Steuerfusses mit einfachem Mehr beschlossen werden. Die SP, die bereits die Messer für den Abstimmungskampf wetzt, unterstützte den Antrag – im Gegensatz zur SVP. In der Schlussabstimmung lehnte die Linke das Finanzhaushaltsgesetz dann aber ab. Das letzte Wort hat das Volk.

Über weite Strecken unbestritten

Die für Finanzdirektor Anton Lauber äusserst wichtige Vorlage besteht aus einer Teilrevision der Verfassung, ein Gegenvorschlag zur SVP-Initiative «Für gesunde Finanzen ohne Steuererhöhungen» und einer Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes. Die gesamte Vorlage ist eigentlich über weite Strecken ein unbestrittenes Steuerungsinstrument.

Es ersetzt die bisherige Defizitbremse durch eine Schuldenbremse und führt einen Finanz- und Aufgabenplan über vier Jahre ein. Durch die Schuldenbremse wird der Kanton verpflichtet, die Erfolgsrechnung über acht Jahre ausgeglichen zu gestalten – vier Jahre zurück und vier Jahre vorwärts. Im Weiteren darf das Eigenkapital nicht unter 120 Millionen Franken fallen.

Werden diese Vorgaben nicht eingehalten, sind Massnahmen zu ergreifen. Dabei sind allerdings zwei wiederum umstritten. So sollen die Budgets der einzelnen Direktionen proportional gekürzt werden. SP-Sprecher Urs Kaufmann bezeichnete dies als «Rasenmähermethode», die zu einem weiteren



Erfolgreicher Finanzdirektor. Der Sieger der gestrigen Parlamentsdebatte heisst nicht zuletzt Anton Lauber. Foto Christian Jaeggi

Abbau führe, von welcher dann beispielsweise auch die Polizei betroffen wäre.

Von der linken Ratsseite ebenfalls heftig kritisiert ist eine weitere Massnahme, nämlich die unterjährige Kreditsperre. Danach kann der Regierungsrat bereits bewilligte Kredite sperren, wenn die Erwartungsrechnung eine Verschlechterung des Saldos der Rech-

nung gegenüber dem Budget aufzeigt. Eine Steuererhöhung kommt in jedem Fall nur als ultima ratio infrage.

Erfolglos hatte sich die SP schliesslich dagegen gewehrt, die Finanzkompetenz der Regierung von heute 50 000 Franken nur auf 500 000 statt auf eine Million Franken zu erhöhen. Katrin Schweizer unterlag mit ihrem Antrag mit 59 Nein zu 25 Ja.

Die SP hat unmittelbar nach der gestrigen Landratsdebatte trotz des Kompromissvorschlags der Freisinnigen ihren Widerstand gegen das Finanzhaushaltsgesetz in der Volksabstimmung angekündigt. Dieses schreibe «einen undifferenzierten und kontraproduktiven Abbau-Rasenmäher gesetzlich fest», schreibt die SP Basel-land in einem Communiqué.

«Es ging uns nicht um Anton Lauber»

Christof Hiltmann entfernte mit seinem Antrag den Stein des Anstosses im Finanzhaushaltsgesetz

Von Thomas Gubler

BaZ: Herr Hiltmann, haben Sie mit Ihrem Referendumsvorschlag Finanzdirektor Anton Lauber die Stäfis-Vorlage gerettet?

Christof Hiltmann: Ich habe das nicht für Herrn Lauber gemacht. Für mich stand das Wohl des Kantons Baselland im Vordergrund. Aber ich denke, dass wir mit dem Vorschlag, Steuerfussveränderungen dem fakultativen Referendum zu unterstellen, den Vorwurf, mit einem Zweidrittels-Quorum demokratiefeindlich zu sein, entkräften konnten.

Wie schwer ist Ihren Freisinnigen am Schluss der Verzicht auf das Zweidrittelsmehr im Landrat für Steuererhöhungen gefallen?

Die Idee des Quorums war die, dass man nicht mit dem Steuerfuss herumspielen soll. Sowohl eine Steuererhö-

hung, als auch eine -senkung sollte sehr schwer zu haben sein. Das war unsere oberste Maxime. Als wir aber spürten, dass das Schicksal der Vorlage an der Quorumsfrage hängen könnte, kamen wir auf die Idee, mit dem fakultativen Referendum zusätzliche politische Kräfte ins Boot zu holen. Ich gehe jetzt aber nicht davon aus, dass von diesem Instrument allzu viel Gebrauch gemacht wird. Ich mag mich auch nicht erinnern, wann der Landrat letztmals den Steuerfuss verändert hat. Aber es könnte ja sein, dass das Parlament in Steuerfragen auch mal falsch tickt. Dann hat das Volk die Möglichkeit, korrigierend einzugreifen. Und das war für uns am Schluss das Entscheidende.

Die SP, die sich gegen das Quorum zur Wehr gewehrt hat, unterstützte Ihren Kompromissvorschlag. Hat Sie das überrascht.

Nein, eigentlich nicht. Für die Linke stand das Anliegen im Vordergrund, das Zweidrittelsmehr wegzukriegen und Steuererhöhungen mit einfachem Mehr beschliessen zu können.

Und da sah die SP in unserem Vorschlag wahrscheinlich den kleinsten gemeinsamen Nenner. Ich hoffe nun, dass die Mehrheit der Linken jetzt auch hinter der ganzen Vorlage stehen kann.

«Es könnte ja sein, dass der Landrat in Steuerfragen einmal falsch tickt.»

In der Schlussabstimmung wurde aber gerade wegen der SP das Vierfünftelsmehr für das total revidierte Finanzhaushaltsgesetz verfehlt. Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht die Chancen der Vorlage vor dem Volk?

Die sind gut. Es gibt jetzt eigentlich keine Punkte mehr in der Vorlage, die zu einer fundamentalen Opposition im Abstimmungskampf führen können. Ich denke, dass der Entscheid des Landrats eine Lösung darstellt, die über die Parteigrenzen hinweg akzeptabel ist.